

---

# Praxishandbuch des Amts-, Staatshaftungs- und Entschädigungsrechts

---

Peter Itzel • Karin Schwall

# Praxishandbuch des Amts-, Staatshaftungs- und Entschädigungsrechts

3. Auflage

 Springer

Peter Itzel  
Koblenz, Deutschland

Karin Schwall  
Koblenz, Deutschland

ISBN 978-3-662-62041-0      ISBN 978-3-662-62042-7 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-662-62042-7>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer

© Springer-Verlag GmbH Deutschland, ein Teil von Springer Nature 2005, 2012, 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

*„Das Volk muss für sein Gesetz kämpfen wie  
für seine Stadtmauer“ Heraklit von Ephesos  
(535 v. Chr. – 475 v. Chr.), griechischer  
Philosoph*

---

## Vorwort zur 3. Auflage

Das Amts-, Staatshaftungs- und Entschädigungsrecht hat sich auch in den letzten Jahren dynamisch verändert und fortentwickelt. Bereiche wie die Haftung für das Verhalten von Zivildienstleistenden sind weggefallen, der Ersatz für Schäden durch (Militär-)Fluglärm ist durch gesetzgeberische Maßnahmen nahezu bedeutungslos geworden. Andererseits weiten sich die Ersatz- und Entschädigungsproblemfelder u. a. im Gesundheitsrecht deutlich aus. Gleiches gilt für die Lösung dieser Probleme bei und nach Auftreten von Pandemien wie in 2020 durch „Corona“. Damit ist auch die Bedeutung der Anspruchsgrundlagen, die Entschädigung vorsehen, gestiegen. Dies führte zur Ergänzung des Buchtitels in „Praxishandbuch des Amts-, Staatshaftungs- und Entschädigungsrechts“. Auch verfahrensrechtliche Fragen gewinnen stetig an Bedeutung.<sup>1</sup> Leider ist nach wie vor eine Vereinheitlichung der doch sehr heterogenen Anspruchsvielfalt mit allen Tücken und Fallstricken für die Rechtsanwender nicht ersichtlich. Ein einheitliches Ersatz- und Entschädigungsgesetz liegt wohl leider noch in der Ferne.

Auf Grund der einheitlich sehr positiven Resonanz auch auf die 2. Auflage des Praxishandbuchs in Rechtsprechung und Literatur wurde die bisherige Konzeption und Systematik auch in der Neuauflage beibehalten; die Zitate wurden aktualisiert, die umfangreiche neue, jüngere Rechtsprechung wurde umfassend – auch in den Beispielfällen – berücksichtigt. Die Randnummern wurden beibehalten und der Entscheidungsüberblick (BGH – Anhang) fortgeschrieben.

Nach wie vor gilt: Dieses Praxishandbuch – gerade auch in der nun 3. Auflage – soll die mit Haftungsfragen in Kommunen, Verwaltungen, Verbänden und Versicherungen Befassten, die auf diesem Bereich tätigen Anwälte und Richter schnell, umfassend und kompetent über alle relevanten Problembereiche, Lösungsansätze und vergleichbare Entscheidungen informieren. Es stellt eine praxisnahe Hilfestellung gerade auch zur Lösung einzelner Fälle dar. Aus diesem Grunde wurden für weiterführende Literaturhinweise (Zeitschriften, Standardwerke) und Rechtsprechungsnachweise (amtliche Sammlungen, verbreitete Zeitschriften) vorwiegend solche ausgewählt, die im Regelfall für den Praktiker vor Ort im allgemeinen verfügbar sind.

---

<sup>1</sup>S. nur Itzel/Schwall, Verfahrens- und Prozessrecht in Amts-, Staatshaftungs- und Entschädigungsverfahren (2017)

Die Autoren, selbst lange Jahre im Amts-, Staatshaftungs- und Entschädigungsrecht als Rechtsanwältin und Richter – auch in der Fortbildung – tätig, hoffen, dass sowohl dem erstmals mit diesen Haftungsfragen Konfrontierten wie auch dem erfahrenen Kollegen eine effektive Hilfestellung durch das Buch gegeben wird und zumindest ein Großteil der tagtäglich anfallenden Probleme ohne aufwändige und kostenintensive Sucharbeit und Rückgriff auf Spezialliteratur hierdurch überzeugend gelöst werden kann.

Für Anregungen und Hinweise aus dem Kreis der Nutzer dieses Praxishandbuchs des Amts- und Staatshaftungsrechts sind wir, die Autoren, sehr aufgeschlossen und dankbar.

Juni 2020

Peter Itzel  
Karin Schwall

---

# Vorwort zur 1. Auflage

Amts- und Staatshaftungsrecht ist Richterrecht, in erster Linie – auch für Politik und Presse – interessantes Fallrecht.

Dieses Praxishandbuch versucht, ausgehend von den entschiedenen Fällen, die zu Grunde liegenden Leitlinien, Voraussetzungen und Grenzen der Ansprüche klar und eingehend darzustellen. Hierbei kann und darf nicht verschwiegen werden, dass es sich bei dem Amts- und Staatshaftungsrecht um ein höchst anspruchsvolles, komplexes und auch kompliziertes Rechtsgebiet handelt, das dem darin tätigen Praktiker einiges an Können und Wissen abverlangt. So wirken ganz verschiedene Rechtsbereiche wie Zivil-, Straf-, Sozial- und vor allem das allgemeine und besondere Verwaltungsrecht bei Haftungsfällen auf deren Lösung ein. Zunehmend mit der „Europäisierung“ vieler Lebensbereiche gewinnt auch das europäische Recht an Bedeutung im Amts- und Staatshaftungsbereich.

Um dies dem Praktiker in Kommunen, Verwaltungen, Verbänden, Versicherungen, dem mit Haftungsfragen befassten Anwalt und Richter systematisch, konzentriert, umfassend und eingängig darzustellen, finden sich im ersten Teil des Praxishandbuchs die gesetzlichen Grundlagen, die Grundprobleme und gesetzlichen Leitlinien, jeweils verdeutlicht mit Beispielen aus der Rechtsprechung. Dieser Teil kann auch durchaus als Lehrbuch des Amts- und Staatshaftungsrechts verstanden werden.

Im zweiten Teil finden sich dann die einzelnen praktisch relevanten Fallgruppen und Problemfelder mit zahlreichen durch Obergerichte entschiedenen Fällen. Bei der Auswahl und Darstellung wurde besonders die jeweilige Bedeutung für die Praxis berücksichtigt.

Der zunehmende Einfluss des europäischen Rechts gerade auch auf Haftungsfragen und der „gemeinschaftsrechtliche Staatshaftungsanspruch“ werden im 3. Teil dargestellt, gefolgt von der Behandlung weiterer prozessualer und materiellrechtlicher Fragestellungen (Verjährung, Rechtsweg, Konkurrenzen usw.).

Hinzuweisen ist auch auf die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Haftungsbereichs. So wurde bereits Anfang der 90er-Jahre ein Schadensvolumen in Amts- und Staatshaftungssachen in Höhe von rund 700–800 Mio. DM bei steigender Tendenz festgestellt.<sup>1</sup> Jedes Jahr kommt es zu knapp 70.000 Schadensfällen, bei denen in

---

<sup>1</sup>S. MK-Papier, § 839 Rn. 117 f.; zur Struktur der Haftungsfälle s. auch BADK-Information 2011, 154.

über 75 % eine Regulierung abgelehnt wird. Allein hieraus lässt sich unschwer auch der gesellschaftliche Konfliktstoff dieses Haftungsbereichs, in dem die Interessen von „Bürger“ und „Verwaltung“ meist massiv aufeinandertreffen, unschwer ablesen. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sprechen eher für eine Zunahme des Streitpotenzials und damit der zu lösenden Fälle der Amts- und Staatshaftung.

Dieses Praxishandbuch soll die mit Haftungsfragen in Kommunen, Verwaltungen, Verbänden und Versicherungen Befassten, die auf diesem Bereich tätigen Anwälte und Richter schnell, umfassend und kompetent über alle relevanten Problembereiche, Lösungsansätze und vergleichbare Entscheidungen informieren. Es stellt eine praxisnahe Hilfestellung gerade auch zur Lösung einzelner Fälle dar. Aus diesem Grunde wurden für weiterführende Literaturhinweise (Zeitschriften, Standardwerke) und Rechtsprechungsnachweise (amtliche Sammlungen, verbreitete Zeitschriften) vorwiegend solche ausgewählt, die im Regelfall für den Praktiker vor Ort im allgemeinen verfügbar sind.

Die Autoren, selbst lange Jahre im Amts- und Staatshaftungsrecht als Rechtsanwältin und Richter tätig, hoffen, dass sowohl dem erstmals mit diesen Haftungsfragen Konfrontierten wie auch dem erfahreneren Kollegen eine effektive Hilfestellung durch das Buch gegeben wird und zumindest ein Großteil der tagtäglich anfallenden Probleme ohne aufwändige und kostenintensive Sucharbeit und Rückgriff auf Spezialliteratur hierdurch überzeugend gelöst werden kann.

Für Anregungen und Hinweise aus dem Kreis der Nutzer dieses Praxishandbuchs des Amts- und Staatshaftungsrechts sind wir, die Autoren, sehr aufgeschlossen und dankbar.

Koblenz, Deutschland  
Mai 2004

Christoph Stein  
Peter Itzel  
Karin Schwall

---

# Inhaltsverzeichnis

## Teil I Grundlagen der Amts- und Staatshaftung

<b>A. Amtshaftung</b> .....	3
I. Historische Grundlagen .....	3
1. Tatbestand und Haftungsmodelle .....	3
2. Staatsdiener und Mandatstheorie .....	4
3. Umgestaltung der Haftung zur Ersatzverbindlichkeit .....	5
II. Heutige Rechtslage und Normenstruktur .....	6
1. Heutige Gesetzeslage .....	7
2. Vergleich mit dem französischen Haftungsrecht .....	8
3. Unterschiedliche Rechtsfolgen bei hoheitlicher und privatrechtlicher Betätigung der öffentlichen Hand .....	9
III. Die Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes .....	12
1. Der Amtswalter .....	12
2. Abgrenzung .....	12
a) Gesetzliche Zuordnung .....	13
b) Fehlende gesetzliche Zuordnung .....	13
c) Funktionelle Betrachtung .....	13
d) Praktische Leitlinien .....	14
3. Hoheitliches Handeln, das privatrechtlich „eingekleidet“ ist. . .	15
a) Eingriffsverwaltung .....	15
b) Leistungsverwaltung .....	16
4. Hoheitliche Maßnahmen durch Beliehene .....	18
5. Der Einsatz von Verwaltungshelfern .....	19
6. Handeln oder Unterlassen „in Ausübung“ eines öffentlichen Amtes .....	21
IV. Die Amtspflicht und ihre Verletzung .....	23
1. Struktur der Amtspflichten .....	23
2. Die Amtspflichten .....	25
a) Amtspflicht zur Unterlassung unerlaubter Handlungen. . .	25
b) Amtspflicht, keine rechtswidrigen Rechtsakte zu erlassen .....	26
c) Amtspflicht zu zuständigkeits- und verfahrensgemäßigem Verhalten .....	26

d)	Amtspflicht zur fehlerfreien Ermessensausübung und zur Ausfüllung eines Beurteilungsspielraums . . . . .	27
e)	Amtspflicht zu rascher Sachentscheidung . . . . .	31
f)	Amtspflicht zu konsequentem Verhalten und die Pflicht, keine ungesicherten Vertrauenstatbestände zu schaffen. . .	32
g)	Amtspflicht zur Erteilung ordnungsgemäßer Auskünfte und Belehrungen . . . . .	32
h)	Pflicht zur Behebung von Fehlern . . . . .	35
i)	Verschwiegenheitspflicht . . . . .	37
j)	Gehorsamspflicht . . . . .	37
k)	Amtspflicht zur Beachtung der höchstrichterlichen Rechtsprechung . . . . .	37
l)	Amtspflicht zu gemeinschaftsrechtkonformem Verhalten . . . . .	37
3.	Die Feststellung der Amtspflichtverletzung durch das Zivilgericht und die Frage der Bindungswirkung von Verwaltungsakten und (verwaltungs-) gerichtlichen Entscheidungen . . . . .	38
a)	Verwaltungsakte . . . . .	38
b)	Gerichtliche Entscheidungen . . . . .	40
4.	Die Drittbezogenheit und der Schutzzweck der verletzten Amtspflicht . . . . .	44
a)	Bedeutung und Struktur . . . . .	45
b)	Personaler Drittbezug . . . . .	48
c)	Sachlicher Drittbezug . . . . .	53
d)	Sonderfragen des Drittschutzes . . . . .	53
e)	Das schutzwürdige Vertrauen als Merkmal der Drittbezogenheit der verletzten Amtspflicht . . . . .	63
V.	Die haftende Körperschaft (Passivlegitimation) . . . . .	67
1.	Schuldübernahmeprinzip . . . . .	67
2.	Dienstherrenfähigkeit . . . . .	68
3.	Anvertrauenstheorie . . . . .	68
4.	Mehrere Ämter . . . . .	69
a)	Anstellungskörperschaft . . . . .	69
b)	Auftragsverwaltung . . . . .	69
c)	Verschiedene Zuständigkeiten . . . . .	70
d)	Weisungen . . . . .	70
e)	Amtshilfe . . . . .	71
VI.	Das Verschulden . . . . .	72
1.	Bedeutung im Tatbestand . . . . .	72
2.	Ausschluss der Verantwortlichkeit . . . . .	73
3.	Haftung aus Billigkeitsgründen . . . . .	74
4.	Schuldformen . . . . .	74
a)	Bedeutung der Schuldform . . . . .	75
b)	Vorsatz . . . . .	75
c)	Fahrlässigkeit . . . . .	76

5.	Verschulden und Schaden . . . . .	77
6.	Sach- und Fallgruppen zum Verschulden . . . . .	78
	a) Gesetzesauslegung, vertretbare Rechtsansicht und gerichtliche Entscheidung . . . . .	78
	b) Die Kollegialgerichts-Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverwaltungsgerichts . . . . .	79
	c) Organisationsverschulden . . . . .	82
	d) Verschulden bei dienstlichen Weisungen und Anordnungen . . . . .	83
VII.	Kausalität und Schaden . . . . .	85
	1. Kausalität . . . . .	85
	a) Haftungsbegründende Kausalität . . . . .	85
	b) Haftungsausfüllende Kausalität . . . . .	85
	c) Adäquater Kausalzusammenhang . . . . .	85
	2. Schaden . . . . .	91
	a) Schadensausgleich . . . . .	91
	b) Geldersatz und Naturalrestitution . . . . .	92
	c) Schadensarten . . . . .	92
	d) Immaterielle Schäden . . . . .	93
	e) Verletzung des Persönlichkeitsrechts und Schmerzensgeld . . . . .	93
	f) Sonstige schadensersatzrechtliche Grundsätze . . . . .	94
VIII.	Einschränkung der Amtshaftung . . . . .	94
	1. Das Verweisungsprivileg des § 839 Abs. 1 S. 2 BGB . . . . .	94
	a) Subsidiarität . . . . .	94
	b) Subsidiarität und Teilnahme am Straßenverkehr . . . . .	95
	c) Subsidiarität und Straßenverkehrssicherungspflicht . . . . .	96
	d) Weitere Einschränkung des Verweisungsprivilegs . . . . .	96
	e) Verweisung und Haftung aus anderem Rechtsgrund . . . . .	97
	f) Verweisung auf andere Hoheitsträger . . . . .	97
	g) Verweisung und Verlust des Anspruchs . . . . .	98
	h) Staat und Notar . . . . .	99
	i) Möglichkeit anderweitigen Ersatzes . . . . .	100
	2. Der Einwand mitwirkenden Verschuldens nach § 254 BGB . . . . .	102
	a) Allgemeines . . . . .	102
	b) Sonderverbindung . . . . .	103
	c) Rechtsprechungsgrundsätze zu mitwirkendem Verschulden im Zusammenhang mit der Amtshaftung . . . . .	105
	3. Primärrechtsschutz . . . . .	106
	a) Einlegung eines Rechtsmittels . . . . .	106
	b) Vollständiger Haftungsausschluss . . . . .	106
	c) Schutzzweck . . . . .	107
	d) Unmittelbarkeit des Rechtsmittels . . . . .	107
	e) Arten der Rechtsbehelfe . . . . .	107

f)	Gebrauch eines Rechtsmittels .....	108
g)	Verschuldeter Nichtgebrauch .....	109
h)	Ursachenzusammenhang .....	110
i)	Kosten des Rechtsmittels .....	111
4.	Sonstige Einschränkungen der Amtshaftung .....	112
a)	Haftungsbeschränkungen .....	112
b)	Gebührenbeamte .....	113
c)	Auswärtiger Dienst .....	114
d)	Ausländer .....	114
e)	Versorgungsgesetze .....	114
IX.	Verjährung des Amtshaftungsanspruchs .....	117
	Gesetzes- und Rechtslage durch das Schuldrechtsmodernisie-	
	rungsgesetz .....	117
a)	Regelverjährung .....	117
b)	Beginn der Verjährung .....	117
c)	Neubeginn und Hemmung der Verjährung .....	120
d)	Entstehung des Anspruchs und Verwertung der	
	bisherigen Rechtsprechung .....	121
e)	Grobfahrlässige Unkenntnis .....	121
f)	Hemmung durch Verhandlungen .....	122
X.	Der Rückgriff gegen den Amtswalter .....	123
1.	Innenregress und Innenhaftung .....	123
2.	Bundesrechtliche den Innenregress regelnde	
	Bestimmungen .....	123
3.	Einheitliche Regelung .....	124
XI.	Die Darlegungs- und Beweislast im Amtshaftungstatbestand ....	126
1.	Allgemeines .....	126
a)	Verfahrensgrundsätze .....	126
b)	Darlegung und Beweisführung .....	126
c)	Beweiserleichterungen .....	127
2.	Die Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht durch	
	einen hoheitlich handelnden Amtswalter .....	129
a)	Hoheitliche Handlung .....	129
b)	In Ausübung und bei Gelegenheit .....	130
c)	Nennung des Amtswalters .....	131
d)	Amtspflichtwidrigkeit .....	131
e)	Drittsschutz .....	133
f)	Verschulden .....	133
3.	Mitverschulden gem. § 254 BGB .....	136
4.	Ursachenzusammenhang zwischen Amtspflichtverletzung	
	und Schaden .....	136
a)	Grundsatz .....	136
b)	Betroffenheit .....	136
c)	Haftungsausfüllende Kausalität .....	137
d)	Beurteilungssicht .....	138

e) Unterlassen. . . . .	138
f) Unterbrechung des Kausalverlaufs . . . . .	139
g) Reserveursache . . . . .	139
h) Rechtmäßiges Alternativverhalten. . . . .	140
5. Schaden. . . . .	140
6. Die anderweitige Ersatzmöglichkeit (§ 839 Abs. 1 S. 2 BGB). . . . .	140
a) Negatives klagebegründendes Merkmal . . . . .	140
b) Negativbeweis . . . . .	141
7. Passivlegitimation. . . . .	142
8. Versäumung von Primärrechtsschutz (§ 839 Abs. 3 BGB). . . . .	142
9. Verjährung. . . . .	142
<b>B. Eingriffe in das Eigentum und in sonstige Rechtspositionen. . . . .</b>	<b>143</b>
I. Entschädigung für Beeinträchtigungen des Eigentums . . . . .	143
1. Entschädigung für Enteignungen gem. Art. 14 Abs. 3 GG. . . . .	143
a) Enteignung und (geschichtlich) Aufopferung . . . . .	144
b) Theorie des Sonderopfers . . . . .	145
c) Enteignungsbegriff nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	146
d) Zulässigkeitsvoraussetzungen der Enteignung . . . . .	151
e) Die Enteignungsentschädigung . . . . .	155
f) Die Wertermittlung. . . . .	158
g) Vorteilsausgleichung . . . . .	161
h) Bemessungszeitpunkt für die Entschädigung . . . . .	162
i) Der Entschädigungspflichtige . . . . .	163
j) Rückenteignung. . . . .	165
2. Entschädigung wegen enteignungsgleichen Eingriffs . . . . .	166
a) Geschützte Rechtsposition. . . . .	166
b) Handeln und Unterlassen. . . . .	166
c) Unmittelbarkeit des Eingriffs. . . . .	167
d) Eingriffshandlungen. . . . .	168
e) Normatives und legislatives Unrecht . . . . .	169
f) Sonderopfer . . . . .	170
g) Primärrechtsschutz. . . . .	171
3. Die ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung . . . . .	172
a) Rechtsnatur . . . . .	172
b) Anwendungsbereiche. . . . .	173
c) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. . . . .	173
4. Entschädigung wegen enteignenden Eingriffs . . . . .	175
a) Rechtmäßige hoheitliche Maßnahmen. . . . .	175
b) Eingriffsakt . . . . .	175
c) Unmittelbarkeit . . . . .	176
d) Praktischer Anwendungsbereich . . . . .	176

II. Entschädigung für Eingriffe in nichtvermögenswerte Rechte – Aufopfungsanspruch . . . . .	177
1. Struktur und rechtliche Ableitung . . . . .	177
2. Anwendungsbereich . . . . .	178
3. Eingriff in nichtvermögenswerte Rechte . . . . .	179
4. Sonderopfer . . . . .	179
5. Aktiv- und Passivlegitimation . . . . .	180
6. Entschädigung . . . . .	181
7. Mitverschulden . . . . .	181
III. Gesetzliche Konkretisierungen der allgemeinen Enteignungs- und Aufopfungsentschädigung und abzugrenzende Ansprüche (Auswahl) . . . . .	182
1. Allgemeines . . . . .	182
a) Nichtstörer . . . . .	183
b) Polizeihelfer . . . . .	184
c) Rechtswidrige Maßnahmen . . . . .	184
d) Unbeteiligte . . . . .	185
e) Störer . . . . .	185
f) Immaterielle Schäden . . . . .	186
2. Entschädigung nach dem Strafrechtsentschädigungsgesetz . . . . .	186
3. Entschädigung nach der Europäischen Menschenrechtskonvention . . . . .	186
4. Entschädigungsregelungen nach dem BundesseuchenG/ InfektionsschutzG und dem TierseuchenG/TiergesundheitsG . . . . .	187
a) Bundesseuchenrecht – InfektionsschutzG . . . . .	187
b) Tierseuchenrecht – TiergesundheitsG . . . . .	188
5. Ansprüche nach dem Bundesleistungsgesetz . . . . .	188
6. Ausgleichsansprüche nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz . . . . .	188
a) Planfeststellung . . . . .	188
b) Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsakts . . . . .	191
c) Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts . . . . .	191
7. Entschädigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz . . . . .	192
8. Straßenrecht . . . . .	193
9. Entschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz . . . . .	194
<b>C. Weitere Anspruchsgrundlagen . . . . .</b>	<b>195</b>
I. Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .	195
1. Stellung des Anspruchs im Haftungssystem . . . . .	195
2. Rechtsgrundlage und Anwendung des Anspruchs . . . . .	196
3. Voraussetzungen des Anspruchs . . . . .	196
a) Hoheitlicher Eingriff . . . . .	196
b) Eingriff in ein subjektives Recht . . . . .	197
c) Schaffung und Fortdauer eines rechtswidrigen Zustands . . . . .	198

4.	Inhalt (Ziel) des Folgenbeseitigungsanspruchs. . . . .	198
a)	Wiederherstellung . . . . .	198
b)	Folgenbeseitigung und ehrverletzende Meinungsäußerung. . . . .	199
c)	Schadensfolgen . . . . .	199
5.	Entfallen des Folgenbeseitigungsanspruchs . . . . .	199
a)	Möglichkeit der Wiederherstellung . . . . .	199
b)	Zumutbarkeit der Wiederherstellung . . . . .	200
c)	Unzulässige Rechtsausübung. . . . .	200
d)	Mitverschulden . . . . .	200
6.	Passivlegitimation . . . . .	201
7.	Spezielle Ausgestaltungen des Folgenbeseitigungsanspruchs und Abgrenzungen . . . . .	201
a)	Unterlassungsansprüche. . . . .	201
b)	Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruch. . . . .	201
c)	Folgenentschädigungsanspruch . . . . .	202
d)	Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch. . . . .	202
e)	Folgenbeseitigungslast. . . . .	203
II.	Ansprüche aus öffentlich-rechtlichen Schuldverhältnissen . . . . .	203
1.	Öffentlich-rechtlicher Vertrag . . . . .	203
a)	Rechtsgrundlagen. . . . .	203
b)	Anwendungsbereich und Abgrenzung . . . . .	203
c)	Rechtsfolgen aus dem wirksamen öffentlich-rechtlichen Vertrag . . . . .	204
2.	Nichtvertragliche öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse . . . . .	205
a)	Allgemeines . . . . .	205
b)	Haftungsbeschränkungen. . . . .	207
3.	Einzelne Schuldverhältnisse und Abgrenzungen . . . . .	207
a)	Öffentlich-rechtliche Benutzungs- und Leistungsverhältnisse. . . . .	207
b)	Öffentlich-rechtliche Verwahrung . . . . .	208
c)	Öffentlich-rechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA). . . . .	208
d)	Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch . . . . .	209
e)	Personenbezogene Sonderverbindungen . . . . .	210
III.	Plangewährleistungsansprüche. . . . .	211
1.	Zielrichtung des Plangewährleistungsanspruchs . . . . .	211
2.	Anspruch auf Planfortbestand und Planbefolgung . . . . .	211
3.	Planausgleichs- und Entschädigungsansprüche . . . . .	212
a)	Gesetzliche Bestimmungen . . . . .	212
b)	Ansprüche außerhalb sondergesetzlicher Regelungen. . . . .	212
IV.	Ansprüche aus Gefährdungshaftung . . . . .	213
1.	Allgemeines . . . . .	213
2.	Gesetzliche Beispiele für die Gefährdungshaftung. . . . .	213
3.	Allgemeine Gefährdungshaftung im öffentlichen Recht . . . . .	213

V. Nachbarrechtliche Ausgleichsansprüche . . . . .	214
1. Anspruchsvoraussetzungen (§ 906 Abs. 2 Satz 2 BGB). . . . .	214
a) Privatrechtliches Handeln . . . . .	214
b) Hoheitliches Handeln. . . . .	215
c) Entschädigungsgrenzen . . . . .	216
d) Arten der Einwirkung, Aktiv- und Passivlegitimation. . . . .	218
2. Rechtsfolgen . . . . .	220
3. Verjährung, materiellrechtliche und prozessuale Besonderheiten . . . . .	221
4. Exkurs: Entschädigungsansprüche wegen (Militär-)Fluglärms . . . . .	222

## Teil II Fallgruppen der Amts- und Staatshaftung

A. Hauptfallgruppen der Amts- und Staatshaftung . . . . .	227
I. Verkehrssicherungspflicht . . . . .	227
1. Grundlagen . . . . .	228
a) Überblick . . . . .	228
b) Deliktische Haftung und Amtshaftung. . . . .	229
c) Systematisierung, Gliederung der Pflichten. . . . .	231
d) Umfang und Einschränkungen. . . . .	232
e) Verantwortlicher, Verkehrssicherungspflichtiger . . . . .	234
f) Geschützter Personenkreis. . . . .	235
g) Mitverschulden . . . . .	235
h) Haftung des Beamten und des Staates bei privatrechtlicher Tätigkeit. . . . .	236
2. Prozessuale Fragen und Problemfelder. . . . .	236
3. Zusammenfassende Übersichten. . . . .	237
a) Pflichteninhalt, Pflichtenumfang . . . . .	237
b) Unterschiede, Abgrenzung der Amtshaftung von der privatrechtlichen Haftung (von Bund, Ländern und Kommunen) . . . . .	238
4. Einzelfälle – Einzelne Sicherungspflichten . . . . .	239
a) Sport und Freizeit. . . . .	239
b) Kindergärten, Kindertageseinrichtungen, -spielplätze und Schulen . . . . .	245
c) Parks, Anlagen und Feld-, Wald- und Wanderwege, Bäume . . . . .	250
d) Krankenhäuser, Pflege- und Seniorenheime . . . . .	254
e) Sonstige öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen, weitere Fallgruppen und Einzelfälle . . . . .	256
II. Straßenverkehrssicherungspflicht, Straßenbaulast, Straßenverkehrsregelungspflicht, Straßenreinigung. . . . .	261
1. Grundlagen . . . . .	262
a) Hoheitliches Handeln. . . . .	262

b) Einschränkungen und Erweiterungen der Amtshaftung im Straßenrecht . . . . .	265
c) Weitere hoheitliche Tätigkeitsbereiche im Straßenrecht. . . . .	267
2. Straßenbau- und Straßenunterhaltungslast, Straßenverkehrssicherungspflicht . . . . .	268
a) Grundlagen und Systematik. . . . .	268
b) Verantwortlichkeiten . . . . .	269
c) Umfang und Grenzen der Verkehrssicherungspflicht . . . . .	275
3. Einzelfälle . . . . .	277
a) Straßengestaltung. . . . .	277
b) Straßenbelag, Straßenoberfläche . . . . .	278
c) Straßentwässerung . . . . .	278
d) Straßenbegrenzungen, Verkehrseinrichtungen. . . . .	279
e) Beleuchtung . . . . .	280
f) Hinweise, Warnschilder . . . . .	280
g) Bewuchs (Bäume) und Luftraum über der Straße . . . . .	280
h) Verkehrsberuhigende, geschwindigkeitshemmende Maßnahmen . . . . .	281
i) Verhältnis zum Haftpflichtgesetz. . . . .	282
j) Fußgängerverkehr . . . . .	283
k) Radwege. . . . .	285
l) Bankette . . . . .	285
m) Parkplätze, Parkhäuser . . . . .	286
n) Feld-, Wald- und Wirtschaftswege. . . . .	286
o) Baustellen, Bau-, Ausbau- und Unterhaltungsarbeiten . . . . .	287
p) Schadenbeseitigung . . . . .	289
q) Drittschäden, -gegenstände . . . . .	290
4. Straßenreinigung . . . . .	290
a) Inhalt, Umfang und Grenzen der Straßenreinigungspflicht . . . . .	290
b) Verpflichteter, Verantwortlichkeit (s. o. Pkt. 2. b) ee) – Rn. 526 und Rn. 551). . . . .	291
c) Übertragung der Verantwortlichkeit. . . . .	292
5. Räum- und Streupflicht (Schnee- und Eisbeseitigung). . . . .	293
a) Inhalt, Umfang und Grenzen . . . . .	293
b) Verpflichteter, Verantwortlichkeit (s. o. Pkt. 2. b) ee) – Rn. 526, 549 und 551) . . . . .	296
c) Einzelfälle . . . . .	297
d) Anliegerverantwortlichkeit . . . . .	299
e) Sonderfälle . . . . .	299
f) Mitverschulden . . . . .	299
6. Verkehrsregelung . . . . .	299
7. Teilnahme am allgemeinen Straßenverkehr . . . . .	301
8. Haftungsumfang . . . . .	302
9. Prozessuale Besonderheiten, Passivlegitimation . . . . .	302

III. Amtshaftung im Bau- und Planungswesen – Bauleitplanung, Baugenehmigungen und Auskünfte . . . . .	303
1. Bauleitplanung . . . . .	303
a) Grundlagen, Pflichtenkreis und Drittschutz. . . . .	303
b) Baugrundrisiken. . . . .	304
c) Altlasten. . . . .	305
d) Sonderfragen . . . . .	308
2. Baurecht und Baugenehmigungsverfahren . . . . .	312
a) Rechtswidrige Ablehnung . . . . .	312
b) Rechtswidrig erteilte Baugenehmigung. . . . .	313
c) Verzögerte Entscheidungen . . . . .	316
d) Einvernehmen der Gemeinde. . . . .	317
e) Drittschutz, Nachbarschutz . . . . .	318
f) Genehmigungsfreie Vorhaben . . . . .	319
g) Anspruchskonkurrenzen (u. a. enteignungsgleicher Eingriff) . . . . .	320
h) Haftungssubjekte, Passivlegitimation und prozessuale Fragen . . . . .	320
i) Sonderfragen, Gutachterausschüsse. . . . .	322
3. Auskünfte (Bauleitplanung, Baurecht, Baugenehmigungsverfahren) . . . . .	322
4. Prozessuale und materiell-rechtliche Sonderfragen . . . . .	325
IV. Arzt- und Amtshaftung, Gesundheitswesen. . . . .	326
1. Arzt als Beamter . . . . .	326
a) Haftungsstruktur bei Krankenhausbehandlung . . . . .	326
b) Persönliche Haftung des Krankenhausarztes. . . . .	327
c) Zusammenfassende Übersicht – Haftungsstrukturen. . . . .	329
2. Amtsarzt/Gesundheitsamt. . . . .	329
a) Aufgabenbereiche . . . . .	330
b) Amtspflichten des Amtsarztes und ihre Drittbezogenheit. . . . .	331
c) Gutachtentätigkeit und Amtshilfe . . . . .	332
3. Impfarzt. . . . .	333
a) Rechtsgrundlagen. . . . .	333
b) Pflichtverletzungen . . . . .	335
c) Kausalität und Zurechnung . . . . .	336
4. Arzt in der Psychiatrie . . . . .	337
a) Amtspflichten (Diagnostik) . . . . .	338
b) Zwangsweise Unterbringung . . . . .	339
c) Sorgfalts- und Obhutpflichten . . . . .	340
d) Fixierung des Patienten . . . . .	341
5. Truppenarzt. . . . .	341
a) Heilfürsorge . . . . .	342
b) Haftungsbeschränkungen (Soldatenversorgungsgesetz). . . . .	342
c) Haftung bei Vorsatz . . . . .	344

6.	Durchgangsarzt . . . . .	345
	a) Rechtsgrundlagen. . . . .	345
	b) Tätigkeit und Haftung des Durchgangsarztes . . . . .	346
	c) Drittschutz und Aktivlegitimation . . . . .	349
7.	Notarzt im Rettungsdienst. . . . .	349
	a) Rechtsgrundlagen. . . . .	350
	b) Rettungsdienstpersonal, Amtspflichten und Haftung. . . . .	351
8.	Krankenkassen/kassenärztliche Vereinigung/kassenärztliche Bundesvereinigung/Medizinischer Dienst . . . . .	353
	a) Gesetzliche Krankenversicherung, Krankenkassen . . . . .	353
	b) Kassenärztliche Vereinigung (KV) und Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) . . . . .	354
	c) Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA) . . . . .	354
	d) Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG). . . . .	355
	e) Medizinischer Dienst der Krankenkassen . . . . .	356
9.	Zulassungsstellen/Ethikkommissionen/weitere Gremien . . . . .	358
	a) Zulassungsausschuß, Berufungsausschuss . . . . .	358
	b) Weitere Zulassungsstellen (Arzneimittel, Medizinprodukte). . . . .	359
	c) Ethikkommissionen . . . . .	360
	d) Weitere Gremien . . . . .	361
10.	Amtstierarzt. . . . .	361
	a) Grundlagen und Drittschutz. . . . .	362
	b) Haftung . . . . .	363
	c) Anspruchskonkurrenzen . . . . .	363
V.	Richter, Gerichte, Staatsanwaltschaften und Hilfspersonen . . . . .	364
	1. Richter. . . . .	365
	a) Spruchrichterliche Tätigkeit. . . . .	365
	b) Weitere Tätigkeitsbereiche. . . . .	369
	c) Strafrichter . . . . .	370
	d) Drittschutz . . . . .	372
	2. Sonstige Gerichtspersonen und besondere Bereiche ohne Haftungsprivilegierung. . . . .	372
	a) Rechtspfleger . . . . .	372
	b) Urkundsbeamte der Geschäftsstelle. . . . .	372
	c) Nachlassabteilung . . . . .	373
	d) Grundbuchabteilung und sonstige Register . . . . .	373
	e) Vormundschaftsabteilung, Insolvenzabteilung . . . . .	373
	f) Vollstreckungsabteilung. . . . .	374
	g) Unterbringungen/Abschiebehaft . . . . .	375
	3. Gerichtsvollzieher. . . . .	376
	4. Staatsanwaltschaften. . . . .	377
	5. Strafvollstreckung, Strafvollzug (s. auch u. Rn. 773 f.) . . . . .	379
	6. Justizverwaltung . . . . .	381

VI.	Die Haftung des Sachverständigen nach § 839 a BGB. . . . .	382
1.	Der Sachverständige . . . . .	382
a)	Grundlagen, Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen . . .	382
b)	Gruppen von Sachverständigen, Einteilung und Systematisierung . . . . .	384
c)	Rechtsgrundlagen der Tätigkeit . . . . .	386
d)	Pflichten des gerichtlichen Sachverständigen . . . . .	386
2.	Die Haftung des Sachverständigen nach „altem“ Recht. . . . .	390
3.	Die Haftung des Sachverständigen nach § 839 a BGB. . . . .	390
a)	Grundsätze, Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses . . . . .	391
b)	Durch Gericht bestellter Sachverständiger . . . . .	391
c)	Gutachten in Schiedsverfahren . . . . .	393
d)	Privatgutachten. . . . .	394
e)	Unrichtigkeit des Gutachtens. . . . .	394
f)	Grundlage für eine falsche gerichtliche Entscheidung . . . . .	396
g)	Kausalität und Kausalitätsnachweis. . . . .	397
h)	Schuld (Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit) . . . . .	398
i)	Schadensabwendung durch Rechtsmittelgebrauch . . . . .	399
4.	Schadensersatz, Urteilsschaden, unmittelbarer Untersuchungsschaden . . . . .	400
5.	Verjährung. . . . .	402
6.	Darlegungs- und Beweislast . . . . .	402
7.	Aktivlegitimation . . . . .	403
8.	Abschließende Regelung oder analoge Anwendung. . . . .	403
a)	Zeugen . . . . .	404
b)	Verwaltungsverfahren . . . . .	404
c)	Vergleich . . . . .	404
9.	Zusammenfassung. . . . .	404
VII.	Amts- und Staatshaftung in der Wasserwirtschaft . . . . .	405
1.	Allgemeine Grundsätze. . . . .	406
a)	Grundlagen, Gewässerbegriff, Systematik und Abgrenzungen . . . . .	406
b)	Gesetzgebungskompetenz . . . . .	408
c)	Verantwortlichkeiten . . . . .	409
2.	Gewässerunterhaltung und -ausbau . . . . .	409
a)	Gewässerunterhaltung . . . . .	409
b)	Gewässerausbau. . . . .	410
c)	Verantwortlichkeiten . . . . .	411
d)	Schadensersatz, Entschädigungsanspruch. . . . .	412
e)	Zusammenfassung . . . . .	412
3.	Hochwasserschutz. . . . .	413
4.	Oberflächen- und Abwasserbeseitigung, Kanalisation . . . . .	415
a)	Grundsätze . . . . .	415
b)	Verantwortlichkeiten . . . . .	416

c) Pflichtenumfang (Amtspflichten).....	417
d) Weitere Anspruchsgrundlagen.....	420
e) Mitverschulden.....	422
5. Sonderfragen.....	423
a) Gefährdungshaftung nach § 89 WHG.....	423
b) Wasserschutzgebiete.....	426
c) Deiche, Schleusen u. a.....	426
d) Straßen, Wege an Gewässern.....	427
e) Primärrechtsschutz.....	427
6. Handeln verschiedener Behörden.....	427
a) Zusammenwirken verschiedener Behörden.....	427
b) Rechtsnachfolge.....	428
c) „Konfrontationsstellung“ verschiedener Behörden, Hoheitsträger als Anspruchsinhaber.....	428
7. Frischwasserversorgung, Frischwasserleitungsnetze.....	428
8. Prozessuale Sonderfragen.....	428
<b>B. Weitere wichtige Fallgruppen (alphabetisch geordnet).....</b>	<b>431</b>
I. Altlasten.....	431
II. Aufsichtsbehörden (Anlagen-, Wirtschafts-, Banken-, Bauaufsicht usw.).....	432
III. Auskünfte.....	437
IV. Beamte (mobbing, Beförderungsentscheidungen u. a.).....	440
V. Fernseh- und Rundfunkanstalten.....	442
VI. Feuerwehr und Katastrophenschutz.....	443
VII. Finanz- und Zollverwaltung.....	445
VIII. Gewerbebetriebe und Gaststätten.....	447
IX. Grundstücksnutzung (Landschafts-, Natur-, Wasser-, Denkmalschutz, Zuwegung).....	448
X. Kirchen und Religionsgemeinschaften.....	450
XI. Polizei- und Ordnungsbehörden, Bundespolizei und Bundeswehr.....	451
XII. Produktsicherheit, -haftung.....	456
XIII. Prüfungen, Prüfungsämter.....	457
XIV. Schulen, Fachhochschulen und Universitäten.....	458
XV. Staatliche Auskünfte, Warnungen, Hinweise und Empfehlungen; Pressearbeit.....	459
XVI. TÜV und andere Beliehene, Verwaltungshelfer und „Werkzeuge“.....	465
XVII. Zivildienst.....	470
XVIII. Sonstige Verwaltungsbereiche (alphabetisch geordnet).....	471
1. Amtsvormund, Amtspfleger, Jugendamt.....	471
2. Bahn.....	472
3. e-government, IT-/EDV-Einsatz und -Netze.....	472

4. Forstverwaltung .....	474
5. Gemeinden .....	474
6. Justizvollzugsanstalten, Unterbringung .....	476
7. Kraftfahrzeugzulassungsstelle .....	477
8. Mehrstufige, kooperative Genehmigungsverfahren .....	478
9. NATO-Truppen .....	479
10. Post .....	481
11. Seuchenbekämpfung, Infektionsschutz. ....	481
12. Versorgungsunternehmen (Kommunale Energie- und Wasserversorgung) .....	482
<b>Teil III Amts- und Staatshaftungsrecht in Europa</b>	
<b>A. Staatshaftungsrecht in den neuen Bundesländern</b> .....	485
I. Anwendungsgebiet und Grundzüge .....	485
II. Auslegungsfragen, Problempunkte .....	486
III. Heutige Bedeutung für die Rechtspraxis .....	487
<b>B. Staatshaftungsrecht und Europäisches Gemeinschaftsrecht</b> .....	489
I. Entwicklung, Grundlagen und Anwendungsbereich .....	489
II. Konkretisierung des gemeinschaftsrechtlichen/unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruchs .....	491
1. Qualifizierter Verstoß .....	492
2. Drittschutz. ....	493
3. Tatbestandliche Sonderfragen. ....	493
4. Judikatives Unrecht (Gemeinschaftsrechtsverstoß) .....	494
III. Haftungs-, Rechtsfolgen. ....	496
IV. Haftungssubjekte, Passivlegitimation .....	496
V. Verhältnis des gemeinschaftsrechtlichen Staatshaftungsanspruchs zu innerstaatlichen Haftungsansprüchen .....	497
VI. Prozessuale Fragen. ....	498
VII. Zusammenfassung .....	498
<b>C. Amts- und Staatshaftung in anderen Staaten</b> .....	501
I. Englisches Recht .....	501
II. Französisches Recht. ....	502
III. Österreichisches Recht. ....	503
IV. Polnisches Recht .....	503
V. Regelungen in weiteren Staaten. ....	503
1. Brasilien .....	503
2. Canada. ....	504
3. China. ....	504
4. Costa Rica. ....	504
Zusammenfassung. ....	504

**Teil IV Sonderfragen, Zusammenfassung und Ausblick**

<b>A. Materiell-rechtliche und prozessuale Sonderfragen</b> . . . . .	509
I. Schmerzensgeld . . . . .	509
1. Frühere Rechtslage . . . . .	509
2. Gesetzliche Regelung . . . . .	509
a) Zivilrechtliche Haftung . . . . .	509
b) Öffentlich-rechtliche Haftung . . . . .	510
II. Verjährung . . . . .	511
Gesetzliche Regelung . . . . .	511
a) Verfassungsrechtlicher Ansatz . . . . .	511
b) Regelfrist . . . . .	511
c) Höchstfristen . . . . .	512
III. Anspruchskonkurrenzen . . . . .	513
1. Allgemeines . . . . .	513
a) Konkurrenz in materiell-rechtlicher Sicht . . . . .	513
b) Konkurrenz in verfahrensrechtlicher Sicht . . . . .	514
2. Einzelne materiell-rechtliche Anspruchskonkurrenzen . . . . .	515
a) Amtshaftungsanspruch . . . . .	515
b) Ansprüche aus Enteignungsgrundsätzen und aus Aufopferung . . . . .	516
IV. Rechtsweg und Zuständigkeiten . . . . .	517
1. Amtshaftungsanspruch . . . . .	517
2. (Formal-) Enteignung . . . . .	517
3. Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff, Aufopferung . . . . .	517
4. Ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmungen . . . . .	518
5. Ausgleichsregelungen nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz . . . . .	518
6. Recht der polizeilichen und ordnungsbehördlichen Gefahrenabwehr . . . . .	518
7. Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse . . . . .	519
8. Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .	520
9. Gesundheitsrecht (Infektionsschutzgesetz, Tiergesundheitsgesetz) . . . . .	520
10. Sonstige Bestimmungen . . . . .	520
V. Praxisüberlegungen im Vorfeld und bei der Durchsetzung von Ansprüchen gegen die öffentliche Hand . . . . .	520
1. Inhalt des Anspruchs . . . . .	520
2. Anspruchsgrundlagen . . . . .	521
3. Passivlegitimation . . . . .	521
4. Klage . . . . .	522
a) Klageart . . . . .	522
b) Beklagter . . . . .	523
c) Zuständigkeit . . . . .	523

**B. Zusammenfassung und Ausblick** ..... 527  
    I. Zusammenfassung ..... 527  
    II. Ausblick ..... 530

**Anhang** ..... 533

**Literatur** ..... 543

**Sachregister** ..... 547

---

# Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AG	Amtsgericht, Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
allg.	allgemein, allgemeine
Alt.	Alternative
a. M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AtomG	Atomgesetz
Aufl.	Auflage
AUR	Agrar- und Umweltrecht
ausdr.	ausdrücklich
BADK	Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Kommunalversicherer
BauGB	Baugesetzbuch
BAnz.	Bundesanzeiger
BayOLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
Bem.	Bemerkung
Beschl.	Beschluß
bestr.	bestritten
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bl.	Blatt
BRAK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
Bsp.	Beispiel

---

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
c. i. c.	culpa in contrahendo; Verschulden bei, vor Vertragsschluß
CR	Computer und Recht (Zeitschrift für die Praxis des Rechts der Informationstechnologien)
d. h.	das heißt
Diss.	Dissertation
Drucks.	Drucksache
e. V.	eingetragener Verein
EG	Europäische Gemeinschaft (-en), Einführungsgesetz
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
evtl.	eventuell
f., ff.	(fortlaufend) folgende (Seiten)
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
GBO	Grundbuchordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMG	Gesundheitsmodernisierungsgesetz 2003
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GPSG	Gesetz über technische Arbeitsmittel und Verbraucherprodukte (Geräte- und Produktsicherheitsgesetz)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HaftPflG	Haftpflichtgesetz
h. M.	herrschende Meinung
Halbs.	Halbsatz
HGB	Handelsgesetzbuch
h. L.	herrschende Lehre
Hrsg.	Herausgeber
i. Allg.	im Allgemeinen
IBR	Immobilien- & Baurecht (Zeitschrift)
i. d. R.	in der Regel

IfSG	Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen
i. S.	im Sinne
i. ü.	im übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht
lfd.	laufend, laufende
LBauO	Landesbauordnung
LG	Landgericht
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland
Ls	Leitsatz
LStrG	Landesstraßengesetz
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LWG	Landeswassergesetz
m. E.	meines Erachtens
MedR	Medizinrecht
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweis
n. F.	neue Fassung
NJW (-RR)	Neue Juristische Wochenschrift (Rechtsprechungs-Report)
Nr.	Nummer
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG Report – bei der Belegstelle wird von der Wiederholung der Gerichtsbezeichnung abgesehen
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OVG	Oberverwaltungsgericht
OwiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
pFV	positive Forderungsverletzung
PKH	Prozesskostenhilfe
POG	Polizei- und Ordnungsbehördengesetz
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz
PsychKG	Landesgesetz für psychisch kranke Personen
pVV	positive Vertragsverletzung
Richtl.	Richtlinie
RGBl.	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer

---

RuP	Recht und Psychiatrie
s.	siehe
S.	Seite, Satz
SG	Soldatengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt
st. Rechtspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
str.	streitig
s. u.	siehe unter, unten
SV	Sachverständiger
SVG	Soldatenversorgungsgesetz
TierSG	Tierseuchengesetz
u.	und
u. a.	unter anderem
u. Ä.	und Ähnliche, Ähnliches
umstr.	umstritten
unstr.	unstreitig
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
UVEG	Unfallversicherungseinordnungsgesetz v. 7.8.1996
v.	von, vom
VA	Verwaltungsakt
v. A. w.	von Amts wegen
Verf.	Verfassung, Verfahren
Vfg.	Verfügung
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VKS	Verkehrssicherungspflicht
VO	Verordnung
Vorschr.	Vorschrift
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WertV	Wertermittlungsverordnung
wg.	Wegen
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschaft- und Bankrecht
zahlr.	zahlreich, zahlreiche
z. B.	zum Beispiel
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
z. T.	zum Teil
zutr.	zutreffend
z. Z.	zur Zeit